
Interpellation Samuel Schmid, SLB, Biberstein, vom 29. November 2011 betreffend Stellung des Regierungsrats bezüglich Gross-Asylunterkünften des Bundes im Aargau

Text und Begründung:

Die bisherige Entwicklung bezüglich der geplanten Gross-Asylunterkunft in Bettwil ist ein unschönes Kapitel des Asylwesens in der Schweiz. Der Umgang der Regierenden auf Stufe Bund und Kanton mit dem Souverän, dem Volk und konkret der betroffenen Bevölkerung in Bettwil, wirft viele Fragen auf. Die Bevölkerung wehrt sich nicht nur gegen eine Entscheidung von Bund und Kanton, welche *ohne* sie getroffen wurde, zu welcher sie im Vorfeld nicht einmal angehört wurde, welche sie aber in ihrer Lebensqualität stark beeinträchtigen wird. Vielmehr fühlen sich direkt betroffene Bürgerinnen und Bürger von der Aargauer Regierung nicht vertreten, im Stich gelassen und übergangen. Einem solchen Vertrauensverlust und einem derartigen Zerwürfnis muss mit klaren Antworten und klarem Positionsbezug zugunsten der Aargauer Bevölkerung begegnet werden.

In diesem Sinn ist der Regierungsrat höflich eingeladen und gebeten, folgende Fragen mit gebührender Sorgfalt und Ausführlichkeit zu beantworten:

1. Wie kam es *genau* dazu, dass der Bund seine erste wirkliche Gross-Asylunterkunft gerade im Aargau eröffnen will, obschon der Bund über zahlreiche nicht oder nur schwach genutzte militärische Anlagen an geeigneteren Standorten (grösser, abgelegener, günstiger, bessere Infrastruktur usw.) in anderen Landesteilen verfügt? Wann ist welcher Kontakt auf welcher Stufe erfolgt? (*Chronologie der Ereignisse* mit den Akteuren seitens des Bundes und des Kantons Aargau)
2. Weshalb gibt der Regierungsrat sein Einverständnis zu einer Gross-Asylunterkunft des Bundes in Bettwil, ohne *vorgängig* den Kontakt mit den Betroffenen, den lokalen Behörden und der Bevölkerung, zu suchen?
3. Der Aargauer Regierungsrat hat zuerst die Interessen der Aargauer Bevölkerung zu vertreten. In der Angelegenheit Bettwil scheint es, als ob er für die in Bundesbern gemachten Versäumnisse geradesteht/geradestehen muss, notabene zu Lasten der Bevölkerung unseres Kantons. Ist der Regierungsrat gewillt, auch in Asylfragen sich *in erster Linie und konsequent* für die Aargauer Bevölkerung einzusetzen?
4. Die Departementsvorsteherin DGS sieht den Ursprung der jetzigen Auseinandersetzung zwischen dem Kanton und der Gemeinde Bettwil beim Bund (Interview AZ vom 26. November 2011). Was wird der Regierungsrat unternehmen, dass nicht die Aargauerinnen und Aargauer die Leidtragenden sind und die Zeche für Fehlplanung und Verständigungsschwierigkeiten beim Bund bezahlen müssen?
5. Michael Glauser vom Bundesamt für Migration antwortete im AZ-Interview vom 25. November 2011 auf die Frage, wie sichergestellt werde, dass die Asylsuchenden kein Armeematerial (Waffen, Munition) entwenden, welches sich beispielsweise in der fraglichen Anlage in Bettwil befindet: "Die Militäranlage wird in zwei Bereiche abgetrennt. Diese Trennung erfolgt mit Zäunen."
 - a. Erachtet der Regierungsrat dies für ausreichend, dass eine Entwendung und falsche

Verwendung von Militärmaterial genügend ausgeschlossen werden kann?

- b. Ist er nicht auch der Meinung, dass diese räumliche Nähe zum Militärmaterial ein mögliches Sicherheitsrisiko und Gefährdungspotenzial für unsere Bevölkerung mit sich bringen könnte?
 - c. Ist der Regierungsrat bereit, bei jeder allfälligen Unterbringung von Asylsuchenden in Militäranlagen auf eine strikte geographische Trennung zwischen Asylbewerbern und Militärmaterial zu bestehen?
6. Welche Haltung wird der Regierungsrat einnehmen und welche konkreten Schritte unternehmen, dass der Bund in Zukunft hinsichtlich der Unterbringung von Asylbewerbern der Aargauer Bevölkerung taktvoll und unter Wahrung unserer basisdemokratischen Werte und Kultur begegnet?

Antrag auf Dringlichkeit am 29. November 2011 abgelehnt